



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

GESCANNT

13. Dez. 2019

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Herr Guy Parmelin
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 10. Dezember 2019

Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zur vorgesehenen Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIG) äussern zu können.

Die Revision sieht eine Reihe von Änderungen betreffend die Agentur Innosuisse vor, damit sich diese besser an ein dynamisches Umfeld anpassen kann. Nach unserer Auffassung bedeuten einige dieser Änderungen aber eine Ausdehnung der Aktivitäten von Innosuisse. Wir fragen uns, ob bereits zwei Jahre nach der Umwandlung der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) zu Innosuisse eine Aufgabenausweitung angezeigt ist – gerade angesichts der Diskussionen über die verminderte Leistungsfähigkeit von Innosuisse bei der Gesuchsbearbeitung. Demgegenüber begrüssen wir die Möglichkeit, dass die privaten und öffentlichen Umsetzungspartner von Innosuisse-Projekten künftig zu 40 bis 60 Prozent an den Gesamtkosten des Projekts beteiligt sein müssen (Art. 19 Abs. 2^{bis}). Diese Flexibilisierung der bisherigen 50-Prozent-Regelung erscheint sinnvoll. Auch die Möglichkeit, dass die Innosuisse in eng definierten Einzelfällen eine noch tiefere (Art. 19 Abs. 2^{ter}) oder noch höhere (Art. 19 Abs. 2^{quater}) Beteiligung verlangen kann, begrüssen wir.

Zu den einzelnen Punkten nehmen wir wie folgt Stellung:

Art. 19 Abs. 1^{bis}

Wir halten es für richtig, dass die Innosuisse-Beiträge nur die Kosten der am Projekt beteiligten Hochschulinstitutionen decken. Deshalb stehen wir der vorgesehenen Ausnahmeregel, die Beiträge an Umsetzungspartner im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit vorsieht, kritisch gegenüber. Beiträge an Umsetzungspartner müssen ei-

ne Ausnahme bilden. Wir würden deshalb eine restriktivere Regel mit einer klaren Begrenzung der Beiträge an Umsetzungspartner begrüssen.

Art. 19 Abs. 3^{bis}

Diese neue Bestimmung sieht Innosuisse-Beiträge auch für Projekte ohne Hochschulpartner vor. Laut dem erläuternden Bericht wird dabei vor allem an Spin-Offs von Forschungsinstitutionen gedacht. Eine solche Förderung mag im Einzelfall angebracht sein, der neue Absatz ist indes ungenau formuliert. So ist der Begriff „wissenschaftsbasierte Jungunternehmen“ definitionsbedürftig. Zudem stehen wir der Möglichkeit, dass Innosuisse die gesamten Projektkosten eines Start-ups finanzieren kann, kritisch gegenüber. Aus unserer Sicht eröffnet sich Innosuisse mit diesem Absatz ein neues Förderfeld, das nicht zwingend von dieser Förderagentur bearbeitet werden muss. Laut dem Bericht „Rasch wachsende Jungunternehmen in der Schweiz“ des Bundesrates vom 29. März 2017 funktioniert der Schweizer Risikokapitalmarkt für die Finanzierung von Jungunternehmen. Ausserdem boten die Kantone zu diesem Zeitpunkt 87 Programme mit Finanzierungsangeboten für Unternehmen und Start-ups an. Zusätzlich bestehen auch auf Bundesebene weitere Angebote. Eine Finanzierung von Innosuisse für Firmengründungen erschliesst sich daher nicht. Wir empfehlen die Streichung dieses Absatzes.

Art. 20 Abs. 2 lit. c

Mit dieser Bestimmung soll Innosuisse eine Rechtsgrundlage erhalten, um die Vernetzung von oft regional ausgerichteten Gründerorganisationen zu fördern. Laut dem erläuternden Bericht soll Innosuisse so eine „Rolle als Integratorin des schweizerischen Start-up-Ökosystems“ wahrnehmen. Wie die Erläuterungen weiter ausführen, soll Innosuisse eine koordinative Funktion beispielsweise zwischen regionalen „Business Angels“ oder Technoparks wahrnehmen, um ihre Fördertätigkeit national zu koordinieren. Diese Absicht lässt sich indes aus dem Gesetzestext nicht ersehen. Es ist unklar, wie stark Innosuisse in diesem Bereich lenkend eingreifen können soll. Es ist zudem die Frage zu stellen, ob Innosuisse überhaupt in der Lage ist, eine solche Rolle wahrzunehmen und ob eine zentral lenkende Innovationsförderung überhaupt wünschenswert ist. Wir empfehlen die Streichung dieser in ihrer Wirkung unklaren Bestimmung.

Art. 20 Abs. 4 und 5

Diese Absätze sehen eine Ausweitung der Stipendienvergabe durch Innosuisse an hochqualifizierte Personen vor, damit diese sich Kompetenzen im Bereich Innovation aneignen können. Neu sollen davon ausdrücklich auch Mitarbeitende aus Unternehmen profitieren können. Unter anderem sollen Beiträge an Arbeitgeberinstitutionen zur Deckung von Lohnausfallkosten möglich sein. Gemäss Revisionsentwurf sollen Beiträge für den Besuch von „international renommierten Weiterbildungskursen“ sowie für die Durchführung von Machbarkeitsstudien und ähnlichen Projekten möglich sein. Auch

3/3

hier entsteht der Eindruck, dass eine Ausweitung der Aufgaben von Innosuisse beabsichtigt wird, deren Wirkung unklar ist. Wir regen an, bei der bestehenden Regelung zu bleiben.

Art. 23 Abs. 2 und 3

Der Satz für die von Innosuisse angerechneten Overhead-Kosten soll bei ausgewählten Forschungsstätten erhöht werden können. Heute gilt für alle Forschungsstätten ein Satz von 15 Prozent. Dieser Satz berücksichtigt laut dem erläuternden Bericht die besondere Situation von Technologiekompetenzzentren wie z.B. dem Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique (CSEM) nicht. Solche Zentren hätten eine andere Kostenstruktur als Hochschulforschungsstätten, weil sie technische Plattformen und Infrastrukturen unterhalten sowie hauptsächlich Senior Scientist und weniger Doktoranden beschäftigen. Diese Aussage kommt einerseits einer Geringschätzung der Doktorandenausbildung durch die Hochschulforschungsstätten gleich. Andererseits ist festzuhalten, dass Technologiekompetenzzentren über eine Grundfinanzierung verfügen sollten, die ihrer besonderen Situation angemessen ist. Es ist problematisch, wenn mit erhöhten Innosuisse-Beträgen eine mangelnde Grundfinanzierung dieser Technologiekompetenzzentren kompensiert werden soll.

Weiter weist der geltende Art. 23 Abs. 2 dem Bundesrat die Kompetenz zu, die Grundsätze der Beitragsbemessung für die Overhead-Beiträge zu regeln. Gemäss dem erläuternden Bericht legt indes das Parlament den maximalen Satz per Bundesbeschluss für die ganze Förderperiode fest. Die Rechtsgrundlage für eine solche Parlamentskompetenz ist für uns nicht ersichtlich. Zudem spricht nichts dagegen, dass der Bundesrat schon heute verschiedene Sätze für Overhead-Kosten vorsehen respektive beantragen könnte. Generell überzeugt diese Bestimmung sowohl aus inhaltlichen wie auch aus formalen Gründen nicht und sollte gestrichen werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber

i. V.

